

ANTIFASCHISMUS ALS PSEUDOMORALISCHE BASIS DES LINKSEXTREMISMUS Die Entwicklung von 1945 bis 1968

Der Antifaschismus ist eine Fundamentalnorm¹ der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt neben ihm weitere Fundamentalnormen: Das Demokratie-, Recht- und Sozialstaatsprinzip. Während diese aber verfassungsrechtlich fixiert sind, handelt es sich beim Antifaschismus um eine geistig-moralische Fundamentalnorm, deren zweifelhafter Wert in der Verdrängung der anderen Fundamentalnormen, nämlich der Gemeinsamkeit der Demokraten, des Antikommunismus und des Antitotalitarismus besteht, und der als Kampf- und Herrschaftsmittel in einem geistig-moralischen Bürgerkrieg mißbraucht wird.

Das Schlagwort „Antifaschismus“ wird im tagespolitischen Streit bis zur Unkenntlichkeit verzerrt und hat deswegen eine Definition dringend nötig. Das Selbstverständnis des Antifaschisten kennzeichnen folgende positive Merkmale, Eigenschaften und Verhaltensweisen: Er betrachtet sich als humanitär, liberal, demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs), aufklärerisch, rational, revolutionär, mindestens im Sinne der Französischen (bürgerlichen) Revolution, radikal (hier verstanden im Sinne von aufklärerisch, nicht etwa als subversiv), friedliebend, individualistisch, den Menschenrechten verpflichtet, der Freiheit der Person verpflichtet, der Gleichheit und Gleichberechtigung verpflichtet, mit den „Eigenschaften des Sozialismus“ sympathisierend, sie verteidigend und/oder den Kommunismus sowjetrussischer Prägung als unerläßliche Stütze des Antifaschismus einschätzend. Mit dem Ende der Sowjetunion 1991 und dem blamablen Zusammenbruch der SED ist an die Stelle des Sowjetkommunismus ein eher diffuser Sozialismus getreten, der aber nach wie vor eine unerläßliche Stütze des Antifaschismus ist.

Vor 1991, dem Zusammenbruch der „großen Sowjetunion“ war der Antifaschismus „Bestandteil des internationalen Kampfes für Frieden und Demokratie sowie gegen die neofaschistischen Bestrebungen“. Er hatte damals die stärkste Stütze in den sozialistischen Staaten. Die Antifaschisten wendeten sich „gegen alle Versuche ... daß man die historisch bedeutsame Rolle der Sowjetunion, sei es als entscheidender Faktor der Anti-Hitler-Koalition in den Jahren 1943–45 oder auch heute im Ringen um eine Welt des Friedens, negiert oder diffamiert“.²

Seit den Zeiten des Sowjetkommunismus ist also die Annäherung an den Sozialismus konstitutives Merkmal des Antifaschismus.

Eine weitere Möglichkeit, den Zusammenhang von Antifaschismus und Links- extremismus zu erklären, suchen wir in der Frage nach seiner Funktion. Der Antifaschismus stellt eine Integrationsideologie dar, auf deren Basis sich sehr heterogene politische Kräfte treffen können. Sozialisten und Nichtsozialisten, Atheisten und Christen, Bürgerliche verschiedener Richtungen und Kommunisten, uneinig über jede politische Frage, sehen im Faschismus ein Feindbild, dessen Bedrohlichkeit die Notwendigkeit des Zusammenhalts suggeriert und jede Abweichung als Begünstigung des absolut Bösen moralisch ins Zwielicht rückt.

Der Antifaschismus zeigt ein Doppelgesicht und enthüllt damit seine Nähe zum Linksextremismus:

Es gibt zum einen das sozialistische, mehrdimensionale Antifaschismusverständnis. Mehrdimensional deswegen, weil es sowohl eine moralische Komponente hat als auch eine sozioökonomische. Dieses Antifaschismusverständnis ist insofern radikal, als es den „Faschismus“ nicht nur aus moralischen Gründen ablehnt, sondern seine Wurzeln in sozioökonomischer Hinsicht überwinden will. Unerläßliche Voraussetzung der Überwindung ist die Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, da nur auf diese Weise verhindert werden kann, daß diejenigen, die diese Verfügungsgewalt haben, sich der „Faschisten“ als Prätorianergarde bedienen, um in politischen und ökonomischen Krisensituationen die Bedrohung, die von den Sozialisten oder den „Massen“ ausgeht, mit Brachialgewalt zu verhindern. Das politische Ziel der Anhänger dieses Antifaschismusverständnisses ist die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Auf der anderen Seite gibt es ein bürgerlich-liberales und christliches Antifaschismusverständnis, das eindimensional ist; eindimensional deswegen, weil es nur die moralische Komponente umfaßt, die sozioökonomische Analyse hingegen vernachlässigt. In analytischer Hinsicht erfolgt allenfalls eine zeitgeschichtliche Aufarbeitung des Faschismus und des Nationalsozialismus, jedoch ohne gesellschaftsverändernde Ziele. Diese Auffassung wird von ethischen Rigoristen vor allem aus dem religiösen Bereich vertreten, aber auch von den nichtsozialistischen Eliten, denen es um die Abwehr von Angriffen von sozialistischer Seite geht.

Alle politischen Parteien, auch die nichtsozialistischen, hielten es nach 1945, nach dem katastrophalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, für angebracht, sich als Antifaschisten zu bekennen. So gehört es zum Selbstverständnis der Unionsparteien, daß sie aus dem antinationalsozialistischen Widerstand entstanden seien. Im Programm von Neheim-Hüsten vom 1. März 1946 werden die Reinigung vom nationalsozialistischen Denken und die Bestrafung des für den Krieg Verantwortlichen als vordringlichste Aufgaben der ersten Aufbauperiode bezeichnet. Die Entnazifizierung galt als notwendig zur innenpolitischen und sozialen Befriedung des deutschen Volkes, jedoch sollte sie in möglichst kurzer Zeit durchgeführt werden, um die dringend erforderliche Beruhigung auf diesem Gebiete zu erreichen.³ Auf dem Parteitag der CDU in der britischen Besatzungszone am 14. und 15. August 1947 in Recklinghausen hielt Justizminister a. D. Dr. Sträter ein Referat über die Entnazifizierung, in dem er ihre

grundsätzliche Notwendigkeit anerkannte, das derzeit geübte Verfahren jedoch scharf kritisierte. Die Entnazifizierung habe sich zum Klassenkampf mit dem Ziel der Ausbootung von politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten entwickelt. Die Folge sei eine Erschütterung des Vertrauens in den Rechtsstaat.⁴

Bereits diese Beispiele aus der frühen Geschichte der CDU lassen sehr deutlich erkennen, daß der Antifaschismus der CDU auf einer moralischen Grundlage beruhte. Die Tendenz, die antifaschistische Bewältigung der Vergangenheit zum Vorwand für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu nehmen, wurde erkannt, trotzdem hat sich die CDU nie tiefer gehend mit dem instrumentellen Gebrauch des Antifaschismus befaßt, so daß von ihrer Seite im wesentlichen defensiv reagiert wurde. Die defensive Haltung erklärt sich auch aus der Tatsache, daß die Unionsparteien aus sozialen Gründen Schwierigkeiten hatten, sich eindeutig nach rechts abzugrenzen. Insbesondere die protestantischen Teile der CDU/CSU standen in einer Tradition, die sich von der des Zentrums deutlich unterschied. Der Protestantismus des 19. Jahrhunderts war monarchistisch-bürgerlich orientiert.

Dementsprechend lag bei diesem Teil der CDU die Betonung nicht so sehr auf einem christlichen Element, als vielmehr in der Vorstellung, eine Sammelpartei rechts von der Sozialdemokratie zu schaffen.⁵ In den folgenden Jahren sog die CDU/CSU Mitglieder zahlreicher kleinerer Rechtsparteien auf. Das gilt für die Deutsche Partei, die Bayernpartei, den Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE).⁶ Gegen einige der auf diesem Wege zur CDU gestoßenen prominenten Mitglieder wie Theodor Oberländer, Hans-Christoph Seebohm und Hans-Joachim von Merkatz wurden später jene „Faschismus“-Vorwürfe gerichtet, die die CDU in die Defensive trieben. Aus der DDR kamen nämlich seit den frühen fünfziger Jahren Angriffe, die eine Kontinuität des Nationalsozialismus innerhalb der CDU/CSU und deren Übereinstimmung mit „neofaschistischen“ Kräften der Gegenwart suggerierten.⁷ Das erklärte Ziel dieser Veröffentlichungen war, „die innere Kontinuität der Innen- und Außenpolitik“ des heute in Westdeutschland bestehenden Systems mit dem Nationalsozialismus darzustellen. Die Veröffentlichungen des „Nationalrates der Nationalen Front“ suchten den „westdeutschen Neonazismus“ mit Argumenten aus der Ideologie des Marxismus-Leninismus zu erklären. Die politisch-propagandistische Stoßrichtung gewannen sie aber aus der Benennung von ca. 2.400 Personen aus Staat, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft (so die Aufzählung im Untertitel der Publikation), die während der Zeit des Nationalsozialismus Funktionen innehatten.⁸

Wirkung auf die bürgerlichen Mitläufer hatten die antifaschistischen Argumente nicht wegen ihres marxistischen Gehalts, sondern wegen der moralischen Empörung über die Funktionsträger des Dritten Reiches, die angeblich ungebrochen weiter herrschten.

Bezeichnend für die Wirkungen der antifaschistischen Angriffe aus der DDR auf das innenpolitische Klima der Bundesrepublik ist es jedoch, daß nicht nur die DKP und ihr nahestehende Verlage und Publikationen die Argumente übernahmen, sondern bis in den Kreis sozialdemokratischer und der sozialliberalen Koalition nahestehender Intellektueller und Publizisten die Auswirkungen spürbar sind. Ein Beispiel für Versuche, die CDU durch Faschismusvorwürfe in die Defensive zu treiben, ist ein von dem Historiker Immanuel Geiss herausgegebenes

Buch, in dem behauptet wurde, daß die CDU „eine peinliche Kontinuität personeller wie politischer Art vom Zweiten Reich über das Dritte Reich“ aufweise und die Traditionen fortsetze, „aus denen der deutsche Faschismus entstehen konnte“.⁹ Auch „Der Spiegel“ beteiligte sich wiederholt an Versuchen, antifaschistische Argumente gegen CDU/CSU-Politiker zu benutzen. Gegen Franz Josef Strauß wurde eingewendet, der (damalige) „Kanzlerkandidat der Christenunion (pflege) Kontakte zu den Ultrarechten und Faschisten rund um die Welt“, und zwar mit Ratschlägen wie mit Geld. Er sei „ertappt“, wie er Hunderttausende harter DM unter rechtsextreme Reaktionäre in Spanien und Portugal verteile, bei Geheimtreffen mit Anhängern des „Duce“ Mussolini und mit Alparslan Türkeş, „dem Führer der türkischen Nationalistischen Bewegung MHP, die sich den deutschen Nationalsozialismus als Vorbild und Adolf Hitler zum geistigen Vater erkoren hat“. Diese Beziehungen müßten unter normalen Umständen das Bundesamt für Verfassungsschutz, Abteilung Rechtsextremismus interessieren.¹⁰

Bei diesem Beispiel ist keine direkte Einwirkung der DDR zu erkennen; gerade das zeigt aber, daß hier auf der Basis des Antifaschismus eine diffuse, gefühlsmäßig moralische Übereinstimmung als Vorstufe gemeinsamer Aktionen vorhanden ist. Der Linksextremismus wurde damit salonfähig gemacht. Zwischen ihm und der sogenannten demokratischen Linken bestand prinzipielle Übereinstimmung. In der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland bildet sich hier eine Bruchstelle heraus, da die wechselseitigen Verdächtigungen der Extremismusanfälligkeit zum Ende des Grundsatzes von der „Gemeinsamkeit der Demokraten“ geführt und die Vorstellung von einer „wertgebundenen Demokratie“ sinnentleert haben.

Auch die FDP bot nach 1945, insbesondere nach der Gründung der Bundesrepublik 1949, zahlreiche Angriffsflächen. Nationalliberale und nationalistische Traditionen waren in dieser Partei stark. Der DGB, der aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen schon während der ersten Legislaturperiode des Bundestages in harter Gegnerschaft zur FDP stand, hat versucht, die antifaschistische Karte gegen diese Partei „der Wirtschaft“ oder „des Kapitals“ zu spielen. Der nordrhein-westfälische DGB stellte 1952 eine Liste von 50 ehemaligen Nationalsozialisten vor, die als FDP-Kandidaten für Kommunalwahlen aufgestellt und teilweise auch gewählt worden waren.¹¹ Eine besondere Belastung für die FDP stellte die sogenannte Naumann-Affäre dar: Im Januar 1953 war der ehemalige Staatssekretär des Reichspropagandaministeriums, Dr. Werner Naumann, von britischen Besatzungsbehörden zusammen mit einem Kreis ehemaliger höherer NS-Funktionäre, darunter eine Reihe von Gauleitern, unter der Beschuldigung verhaftet worden, die Unterwanderung und Instrumentalisierung der FDP zu rechtsextremen Zwecken geplant zu haben. In der Tat gab es in der nordrhein-westfälischen FDP zahlreiche frühere Nationalsozialisten, die in der Partei und im Parteiapparat einflußreiche Positionen innehatten. Der Landesvorsitzende Dr. Friedrich Middelhaue rechtfertigte dies mit der Notwendigkeit, ehemalige Nationalsozialisten nicht ins Abseits zu drängen, sondern in den demokratischen Prozeß einzubinden.¹²

Auf jeden Fall schwankten die „bürgerlichen“ Parteien zwischen grundsätzlicher, moralisch begründeter Ablehnung des Nationalsozialismus und dem

Wunsch, ehemalige Nationalsozialisten zu integrieren. Ihre Einstellung war also prinzipiell antifaschistisch. Andererseits aber konnten sie nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß erhebliche Teile ihrer Wähler und Mitglieder der NSDAP angehört oder mit Teilen nationalsozialistischer Aussagen sympathisiert hatten. Den sozioökonomisch begründeten antifaschistischen Argumenten standen diese Parteien deswegen ablehnend gegenüber, da sie selbstverständlich eine Instrumentalisierung des Antifaschismus zur Herbeiführung einer antibürgerlichen, sozialistischen Gesellschaftsordnung bekämpfen mußten. Vor der Notwendigkeit stehend, einerseits aus moralischen Gründen antifaschistisch argumentieren zu müssen, ohne andererseits die sozioökonomischen Konsequenzen daraus zu ziehen, kann dieser Antifaschismus mit Recht als „hilflos“ bezeichnet werden.

Unter den Vertretern eines mehrdimensionalen, sowohl moralisch als auch sozioökonomisch argumentierenden Antifaschismusverständnisses, sind die Kommunisten die wichtigsten. Auffällig ist bei ihnen die Diskrepanz zwischen anspruchsvollen Faschismustheorien marxistischer Wissenschaftler und der plakativ-grobschlächtigen Verwendung des Antifaschismus-Schlagwortes in der Propaganda.

Da die Kommunisten zu den Verfolgten der ersten Stunde der nationalsozialistischen Diktatur gehörten, konnten sie nach 1945 auf eine einwandfreie antifaschistische Vergangenheit hinweisen. Da andererseits alle rechtsextremen, aber auch die bürgerlichen Demokraten einen mehr oder weniger entschiedenen Antikommunismus vertraten, bietet der Antifaschismus sich geradezu als Kampfbegriff gegen alle jene Parteien, Politiker und Ideen an, deren Entwicklung sich in irgendeiner Weise in die nationalsozialistische Zeit zurückverfolgen läßt. Von großer Bedeutung für die frühere KPD wie für die DKP seit 1967 ist die 1947 gegründete „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“, die 1971 ihren Namen um den Bestandteil „Bund der Antifaschisten“ ergänzte. Im Aktionsprogramm der VVN heißt es, daß der Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland durch die Ideologie des Antikommunismus behindert wurde. Daraus sei die Lehre zu ziehen, daß die Einheit aller Antifaschisten die Voraussetzung sei, um Demokratie und Frieden zu bewahren.¹³

Der Antifaschismus wird also in diesem Falle zielbewußt eingesetzt, um Bündnispartner zu gewinnen, welche die Kommunisten aus ihrem Sektendasein herausführen und den Makel von ihnen nehmen sollen, Agenten eines fremden, nämlich des sowjetischen Patriotismus zu sein. Die Gleichsetzung des Antifaschismus mit Kampf gegen Bevormundung, straffe Staatsdisziplin, Unterordnung, Verfolgung, Unmenschlichkeit wirkt auf Intellektuelle und auf ethische, insbesondere christliche Rigoristen, die auf diese Weise mit moralischen Argumenten angesprochen werden. Die Beschränkung des Antifaschismus auf den Kampf gegen die geschilderten Gesichtspunkte setzt Intellektuelle wie ethische Rigoristen in den Stand, kommunistische Gewaltsamkeiten, die straffe Staats- und Arbeitsdisziplin, die politische Verfolgung und Knebelung der öffentlichen Meinung im kommunistischen Herrschaftsbereich zu übersehen oder wenigstens als Notwendigkeit im Kampf gegen den Faschismus in Kauf zu nehmen. Rotmord ist in dieser Sichtweise harmloser als Brautmord.

Bei den Grünen und vielen liberalen Bürgerlichen wird die Verbindung von Antifaschismus und Linksextremismus durch eine hedonistische Lebenseinstel-

lung hergestellt. Der „Faschismus“ muß geradezu als Gegenposition zu dieser Werthaltung gelten: Er verlangt straffe Staatsdisziplin. Angebliche „Sekundärtugenden“ wie Fleiß, Pünktlichkeit, Ordnung, Opfermut, Selbstverleugnung zugunsten überpersönlicher Werte müssen als äußerst autoritär verstanden werden. Schlagworte „Du bist nichts – Dein Volk ist alles“ oder „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ stehen im strikten Gegensatz zu individuellem Lustgewinn und sogenannter „Selbstverwirklichung“.

Diese Auffassung kann an die Untersuchungen über Psychoanalyse und Faschismus von Wilhelm Reich anknüpfen, der zu dem Ergebnis kam, der Antifaschismus müsse zu sozialer und sexueller Freiheit führen, die der Faschismus unterdrücke.

Zwar kann auch gegen den Kommunismus, den früheren „real existierenden Sozialismus“ eingewendet werden, daß revolutionäre Disziplin, Arbeitsleistung, freiwillige und unbezahlte Aufbauschichten sowie Opfermut in der Gegenwart, um die Zukunft zu sichern, verlangt werden, daß also hier eine antihedonistische Haltung, eine Pflichtethik deutlich wird. Im Unterschied zum „Faschismus“ werden hier aber die Opfer verlangt, um ein säkulares Paradies für die Menschheit vorzubereiten. Der „Faschismus“ hingegen steht für Unterdrückung, Privilegierung einiger Rassen und Völker und keineswegs für das Wohl der Menschheit.

Unter den Parteien nimmt die SPD und der ihr aus traditionellen Gründen besonders verbundene Deutsche Gewerkschaftsbund eine Sonderstellung ein. Bei der Antifaschismusverständnis steht zwischen dem eindimensional-moralischen und dem mehrdimensionalen, dem die Sozialdemokraten eigentlich näherstehen, ohne aber die Zielstrebigkeit oder die Eindeutigkeit der Kommunisten oder der Grünen zu erreichen.

Die folgende Darstellung der ambivalenten sozialdemokratischen Haltung zum Antifaschismus stützt sich auf die Parteitageprotokolle. Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD in Hannover (9.–11. 5. 1946) wurde zwar auf die Gefahren eines Nationalismus aufmerksam gemacht, insgesamt war aber das Urteil über die Anhängerschaft des überwundenen Regimes sehr gelassen.

Immerhin versuchten die Sozialdemokraten 1945/46 die Entnazifizierung zu einer „künstlichen Revolution“ im antibürgerlichen Sinne zu mißbrauchen.¹⁴ Bürgerliche Elemente hätten die NS-Machtergreifung mitverschuldet, so daß nur eine Brechung des bürgerlichen ökonomischen Einflusses künftig Sicherheit vor einer Wiederholung des „Faschismus“ biete. Der sich verschärfende Ost-West-Gegensatz verhinderte praktische Konsequenzen dieses Geschichtsbildes. Als bald trennte sich die SPD von der Kooperation mit der KPD, die in den ersten Nachkriegsjahren durchaus vorhanden gewesen war. Auf dem Düsseldorfer SPD-Parteitag (11.–14. 9. 1948) wurde die Unvereinbarkeit mit der Zugehörigkeit zur VVN beschlossen.

Die SPD blieb von der geistig-moralischen Entwicklung in der Gründungsphase der Bundesrepublik nicht unbeeinflusst. Auf allen Parteitagen bis 1952 wird das Problem der Bewältigung der Vergangenheit, des Rechtsextremismus und des Faschismus in Reden und Anträgen behandelt. Zwischen 1954 und 1962, in der kämpferischen Phase des Antikommunismus, spielen diese Themen auf den Parteitagen jedoch so gut wie keine Rolle mehr.

Den Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik kann man an den Ver-

änderungen der Faschismus-Argumentation der SPD ablesen. In der Frühzeit der Bundesrepublik stilisierte man die „Restauration“ und sah die Schuld für fortlebende nationalistische und nationalsozialistische Tendenzen bei der Industrie, den Großgrundbesitzern und ehemaligen Offizieren. Hier handelt es sich um traditionelle Feindbilder aus der Zeit der Weimarer Republik. Allerdings richtete sich die Kritik damals bereits gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien.¹⁵ Seit 1966 nahmen die Versuche zu, die CDU/CSU mit der NPD in Verbindung zu bringen. Es wurde ihr vorgeworfen, daß Wahlkampfangen der NPD 1965 von der CDU/CSU stammen. Wiederholt wurde gegen den CDU-Kandidaten Gerhard Schröder eingewendet, daß er bei seiner (erfolglosen) Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl 1969 von der NPD unterstützt wurde.¹⁶

Viel heterogener als die SPD ist der deutsche Gewerkschaftsbund, seinem Selbstverständnis nach überparteilich und politisch und weltanschaulich unabhängig. In dieser von weltanschaulichen und tagespolitischen Gegensätzen belasteten Organisation hat der Antifaschismus zusätzlich noch eine innerverbandliche Integrationsfunktion als gemeinsamen Nenner, auf den sich die verschiedenen Flügel und Richtungen einigen können.¹⁷

Der Antifaschismus ist, wie wir gesehen haben, mit dem Sozialismus untrennbar verbunden und hat nach 1989 sogar die Funktion des Ideologieersatzes übernommen. Der Sozialismus war durch die umfassende Pleite derartig desavouiert, daß der Antifaschismus sich als moralisch getarntes Hilfskonstrukt anbot. Welche Organisationen haben nun von dieser Situation profitiert? Sie sind weitaus weniger bedeutend als die im „Realsozialismus“ existierenden Parteien. Aber der Antifaschismus als Volksfrontkitt gab ihnen eine Bedeutung, die sie ohne diese ideologische Krücke nie erlangt hätten. Organisationen aber sind für den politischen Erfolg wichtig, weil sie die Ideologie in politische Handlungen umsetzen.

In allen vier Besatzungszonen war nach Kriegsende die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) von den Besatzungsmächten lizenziert worden. Da die Anti-Hitler-Koalition trotz wachsender Belastungen erst 1948 endgültig zerbrach, konnten bis dahin die als lieber demokratischer Freund anerkannten Kommunisten nicht nur in der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch in den westlichen Besatzungszonen beachtliche Erfolge bei Wahlen erlangen, die zwischen 4,7 und 14 Prozent lagen. In mehreren Ländern gehörten die Kommunisten Koalitionsregierungen an, aus denen sie erst wegen des zunehmend sich verschärfenden Ost-West-Konflikts hinausgedrückt wurden. Als die linksextremistische KPD nach 1948, dem Jahr des kommunistischen Putsches in der Tschechoslowakei, des sich abzeichnenden Sieges der chinesischen Kommunisten, des Bruchs Titos mit Stalin und vor allem der Berlin-Blockade, „ausgegrenzt“ wurde, bediente sie sich einer Reihe von Tarn- und Hilfsorganisationen, um politischen und gesellschaftlichen Einfluß auszuüben. Hier sind zu nennen der „Bund der Deutschen“, der unter maßgeblicher Beteiligung des früheren Reichskanzlers Joseph Wirth agierte, ferner die „Deutsche Friedensunion (DFU)“, die beide vor allem bürgerliche Kreise umgarnen sollten.

Man kann die Zeit von 1948 bis 1956 (KPD-Verbot) als Epoche eines unterschiedenen, konsequenten und sich scharfer polizeilicher und justitieller Methoden bedienenden Antikommunismus bezeichnen. Mit der zweiten Welle der „Vergangenheitsbewältigung“, die nach Adenauers Moskauer-Reise 1955 begann und

sich ab 1957 verschärfte, trat die einseitige „antifaschistische“ Bewältigung der Vergangenheit in den Mittelpunkt, und der Antikommunismus trat zunächst noch unmerklich zurück.

Das Abrücken der SPD von ihren revolutionären Traditionen, das programmatisch mit dem Godesberger Programm 1959 und praktisch politisch mit der außenpolitischen Rede Herbert Wehners am 1. Juni 1960 manifest wurde, erweckte den Eindruck, daß es nicht nur keine extreme Linke mehr in der Bundesrepublik gab, sondern nicht einmal mehr überhaupt eine bedeutende linke Partei. Unter der Oberfläche sammelten sich aber die enttäuschten, versprengten Linksextremisten. Auch international entwickelte sich das Konzept der new left, der Neuen Linken, die einen dritten Weg zwischen dem Sowjetkommunismus und der verbürgerlichten Sozialdemokratie suchte. In Deutschland trennte sich die SPD 1961 durch einen Unvereinbarkeitsbeschuß vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, dessen Befürworter (Wolfgang Abendroth und Ossip K. Flechtheim) 1962 den Sozialistischen Bund gründeten. Zugleich mehrten sich Stimmen, die eine Wiederzulassung der KPD verlangten.

Allerdings ist der Eindruck, es habe in der Zeit des kämpferischen Antikommunismus keine extreme Linke gegeben, grundfalsch. Bereits 1950 gab die bevorstehende Wiederbewaffnung Anlaß für heftige pazifistische Proteste.¹⁸ Obwohl pazifistische Bewegungen damals als prokommunistisch, ja prosovietisch verdächtig waren, hatten sie ihre Auswirkungen weit in die SPD und den DGB hinein. In der „Paulskirchenbewegung“ fand diese Bewegung 1955 ihren Ausdruck, Anlaß war die Ratifizierung der „Pariser Verträge“, die die Bundesrepublik zwar zur Wiederbewaffnung verpflichteten, aber Gleichberechtigung und eine beschränkte Souveränität brachten. Deshalb wurden sie von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gestützt. Die pazifistischen Proteste kamen in den Verdacht des Anationalen und Prosovietischen. Immerhin begründeten die Träger der Paulskirchenbewegung, wie der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer, der DGB-Chef Walter Freitag, der ehemalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann und der evangelische Theologe Helmut Gollwitzer ihr Eintreten mit der Gefährdung der deutschen Einheit, die durch die Westverträge endgültig zementiert zu werden drohte. Es gehe darum, eine „Aufteilung Deutschlands in zwei separate Teilstaaten feindlicher Interessensphären“ zu verhindern. Obwohl die Paulskirchenbewegung erfolglos blieb – die Verträge wurden ratifiziert –, setzte sich der linkspazifistische Widerstand fort, nunmehr gegen die befürchtete Atomwaffnung der Bundeswehr gerichtet. Während schon damals die extreme Rechte keinerlei Unterstützung durch Intellektuelle und gesellschaftlich führende Persönlichkeiten und Institutionen hatte, wurde den Linksextremisten diese Unterstützung etwa durch SPD, Gewerkschaften und evangelische Kirche durchaus gewährt. So warnten im Frühjahr 1957 18 namhafte Atomwissenschaftler in der „Göttinger Erklärung“ vor den Plänen der Bundesregierung. Im März 1958 entstand die Aktion „Kampf dem Atomtod“, die zahlreiche größere und gut besuchte Demonstrationen veranstaltete. Diese Bewegung hatte auch erhebliche Einfluß auf die Universitäten, so daß man von einer Vorläuferaktion der 68er-Bewegung sprechen kann. Allerdings blieb auch diese außerparlamentarische oppositionelle Bewegung erfolglos, denn der Bundestag beschloß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Ihre Fortsetzung erlebte diese Bewegung in den Ostermärschen,

die, von Großbritannien ausgehend, um 1960 auch in der Bundesrepublik Deutschland begannen. Die linksextremistischen Elemente dieser Bewegung waren so offenkundig, daß SPD und Gewerkschaften sich anfänglich von den Ostermärschen distanzieren. Die aus dieser Bewegung entstandene „Kampagne für Demokratie und Abrüstung“ bekämpfte in den sechziger Jahren die geplante Notstandsgesetzgebung und trat für die Anerkennung der DDR ein.

Die sechziger Jahre brachten einen Wandel von Strukturen und Werten mit sich. Die Aufbauphase der Nachkriegszeit war abgeschlossen, eine neue, risikobereite Generation wuchs heran, die Phase der Stabilität wurde durch eine Zeit der Stagnation abgelöst. Die beginnenden sechziger Jahre wurden als unbeweglich, phantasielos, rückwärtsgerichtet und muffig betrachtet. Es geht darum, die

„erstarrten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen“, hieß es in der nunmehr entstehenden „Studentenbewegung“. Die Unruhe jener Jahre war international, sie ging auch von der hedonistischen Hippiebewegung der USA aus. Individuelle Rechte vor gesellschaftlichen Pflichten, die Befreiung des Individuums von gesellschaftlichen Normen und eine diffuse, aber ansprechende Glücksverheißung waren Kennzeichen dieser Bewegung.

Zusammenfassend kann man die Entwicklung des Linksextremismus nach 1945 in zwei Abschnitte, nämlich von 1946 bis 1960 sowie ab 1960 mit deutlich veränderter Qualität, einteilen. Im ersten Abschnitt boten die Wiederbewaffnung, später die atomare Ausrüstung der Bundeswehr Anlaß für eine sehr begrenzte öffentliche Erregung. Hinzu kam die Ablehnung der sogenannten „Restauration“, unter der der weiterwirkende Einfluß ehemaliger Nationalsozialisten in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verstanden wurde. Angesichts des in dieser Zeit vorherrschenden kämpferischen Antikommunismus wäre dieses linke Engagement völlig bedeutungslos gewesen, wenn es nicht bereits damals von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern unterstützt worden wäre, freilich unter Einbeziehung von Intellektuellen, aber begrenzt durch die scharfe Distanz zum Kommunismus sowjetrussischer Prägung.

Die sechziger Jahre waren dann eine Zeit des Umbruchs in jeder Hinsicht. Eine jüngere, risikobereite Generation war unterdessen herangewachsen. Die politischen Verhältnisse wurden zum Teil sehr berechtigt als erstarrt und veränderungsbedürftig empfunden. Eine große Offenheit für Reformen griff über intellektuelle und studentische Kreise hinaus und verbreitete sich in größeren Teilen der Gesellschaft. Die Bildungs- und Hochschulreform wurde als besonders dringlich dargestellt, das Bild der DDR, deren Zusammenbruch man in den ersten Nachkriegsjahren erwartet hatte, veränderte sich, je mehr die Wiedervereinigungserwartungen sich als illusionär und phrasenhaft vorgebracht erwiesen.

„Wandel durch Annäherung“ – diese Floskel kam 1963 auf und brachte eine allmähliche Abwendung vom starren kämpferischen Antikommunismus der ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnte. Wie wir seit 1989 wissen, hat auch die Infiltration durch die DDR und ihren Geheimdienst, die Staatssicherheit, eine Rolle gespielt, die im Laufe der Jahre bedeutender wurde. In den sechziger Jahren brachten die große Koalition (1966–1969), die nahezu ohne parlamentarische Opposition funktionierte, und die Notstandsgesetze Anlaß für eine noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltene Erregung.

Internationale Ereignisse, wie der Vietnam-Krieg der USA und die amerikani-

sche hedonistische Hippiebewegung, zeigten, daß es sich nicht nur um ein deutsches, sondern um ein internationales Problem handelte.

Die innenpolitische Unruhe in der Bundesrepublik Deutschland wurde durch zwei Ereignisse, nämlich die Notstandsgesetzgebung und die sie tragende große Koalition, besonders gefördert. Deshalb sollen diese beiden Ereignisse hier herausgegriffen werden.

Als die Bundesrepublik Deutschland 1955 eine begrenzte Souveränität erhielt, behielten sich die ehemaligen Feindmächte Vorbehalte für den Fall des inneren und äußeren Notstandes vor. Die Notstandsgesetzgebung sollte diese alliierten Vorbehaltsrechte ablösen. Im Entwurf dieser Gesetze, der im Mai 1965 vorgelegt wurde, waren erhebliche Einschränkungen der Grundrechte vorgesehen. Das betraf zum Beispiel die Freizügigkeit, das Brief- und Fernmeldegeheimnis, das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit. Der im Nachkriegsdeutschland traditionelle antifaschistische Stereotyp spielte in diesem Streit insofern eine Rolle, als ein Rückfall in nationalsozialistische Herrschaftsmethoden befürchtet wurde, diffamierend wurden die Notstandsgesetze als „NS-Gesetze“ bezeichnet. Während die nunmehr an der Bundesregierung beteiligte SPD die Verabschiedung der Notstandsgesetze befürwortete, stand der Deutsche Gewerkschaftsbund auf Seiten der Opposition. Auch von den Hochschulen ging Widerstand aus. Im April 1965 appellierten 215 Hochschulprofessoren an die Gewerkschaften, sich gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu wehren. Linke Studentebünde wie der Sozialistische Deutsche Studentenbund, der Sozialdemokratische Hochschulbund, der Liberale Studentenbund und der Bundesverband deutsch-israelischer Studiengruppen sowie die Humanistische Studentenunion riefen zu einem Kongreß „Demokratie vor dem Notstand“ in Bonn auf, der am 30. Mai 1965 stattfand. Am 30. Oktober 1966 folgte in Frankfurt a. M. ein weiterer Kongreß

„Notstand der Demokratie“, an dem mehr als 5.000 Studenten, Wissenschaftler und Gewerkschafter teilnahmen. Im selben Jahre wurde das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ gegründet, das an zahlreichen Universitäten „teach-ins“ veranstaltete. Im Mai 1968 beschloß der Deutsche Bundestag die Notstandsgesetze, an Protestdemonstrationen beteiligten sich über 150.000 Gegner. Es kam im Sommersemester 1968 an fast allen Universitäten zu sogenannten „Vorlesungsstreiks“ und Institutsbesetzungen. Erstmals seit 1952 gab es bei gewalttätigen Demonstrationen in München zwei Todesopfer. Obwohl die Opposition gegen die Notstandsgesetze mit deren Verabschiedung am 30. Mai 1968 zusammenbrach, blieb doch ein Wandel des politischen Klimas. Möglich geworden war die Verabschiedung der Notstandsgesetze nur durch die Beteiligung der SPD an der Bundesregierung. Mit dem Ende der von CDU/CSU und FDP getragenen Regierung Erhard am 30. November 1966 entstand unter Bundeskanzler Kiesinger und Vizekanzler Willy Brandt die Regierung der großen Koalition. Sie arbeitete durchaus erfolgreich, überwand die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der ersten Rezession seit 1948, die 1966/67 eine noch recht bescheidene Arbeitslosigkeit brachte. Das Stabilitätsgesetz, die „konzertierte Aktion“, die Finanzverfassungsreform, Strafrechtsreform und Bildungsreformen zählen neben der Notstandsgesetzgebung zu den Erfolgen der großen Koalition. Einer der wichtigsten gegen diese große Koalition gerichteten Einwände bezog sich auf die Tatsache, daß nur die kleine FDP eine einflußlose Opposition im Parlament bildete, so daß

von den oppositionellen Kräften eine „außerparlamentarische Opposition“ wegen des Fehlens einer parlamentarischen propagiert wurde. Hierin kam ein gewandelte Mentalität zum Ausdruck, denn in den Jahrzehnten vorher hatte es in Deutschland auf Länderebene, in Österreich auf gesamtstaatlicher Ebene häufig Allparteienregierungen ohne jede Opposition gegeben, ohne daß dies als Gefährdung der Demokratie verstanden wurde.

Warum brach die Unruhe, vereinfachend oft „Studentenrevolte“ genannt, gerade 1968 aus? Sie hatte lange vorher begonnen, und viele kleine Ströme fügten sich nun zu einem großen zusammen. Die Notstandsgesetze waren lediglich der Aufhänger, die große Koalition, die durchaus erfolgreich wirkte, diente als Vorwand. In den Jahrzehnten zuvor hatte es Ereignisse gegeben, die weitaus stärker in das persönliche, private Leben des einzelnen Bürgers eingriffen, als dies durch große Koalition und Notstandsgesetze der Fall war. Etwa die Wiederbewaffnung wirkte sich nicht nur durch die finanziellen Verpflichtungen, sondern auch durch die allgemeine Wehrpflicht auf fast alle deutschen Familien aus. Dennoch war aber damals die Stimmung nicht so weit, daß das Unbehagen über die Wiederbewaffnung nur zehn Jahre nach dem katastrophal beendeten Zweiten Weltkrieg zu Unruhen führte, die im Ausmaß denen von 1968 vergleichbar gewesen wären.

Unter den Gründen für diese Entwicklung wird man als wichtigsten das Heranwachsen einer neuen von Krieg und Nachkriegsnot unbelasteten Generation nennen müssen. Diese Jugendlichen waren in wirtschaftlich und sozial gesicherten Verhältnissen herangewachsen, sie hatten ein geschärftes Gefühl für die Ungerechtigkeiten dieser Welt. Der Wohlstand der ersten, der industriellen Welt wurde als angenehm empfunden, die Armut in der unterentwickelten dritten Welt galt als Ungerechtigkeit, die zu beseitigen sei. „Mehr Gleichheit“ in politischer und sozialer Hinsicht war die Grundforderung und das Ziel dieser Rebellen gegen die etablierten Verhältnisse. Allerdings war die Bereitschaft, den eigenen Lebensstandard einzuschränken, nicht vorhanden. Das international bedeutendste revolutionäre Ereignis jener Zeit war der „Pariser Mai“, mit dem es französischen Studenten gelang, die staatliche Ordnung und die Position des Staatspräsidenten de Gaulle ins Wanken zu bringen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Bewegung in der Nacht zum 11. Mai 1968, als es in Paris zu Straßenschlachten zwischen linken Demonstranten und der Polizei kam. Nur mühselig konnte sich das gaullistische System behaupten. Auch in Korea, Südamerika und schon seit längerem in Japan gingen revolutionäre Unruhen von Universitäten und Studenten aus. In zahlreichen Fällen führten sie zu Veränderungen. Die „Studentenrevolte“, die in Wirklichkeit eine kulturelle revolutionäre Veränderung war, erschütterte bestehende politische und soziale Strukturen und veränderte Werte. Das 19. Jahrhundert habe erst im Jahre 1968 geendet, war eine Einschätzung der Ereignisse jenes Jahres. Auch in den USA, die als politische, aber auch als geistige Vormacht entscheidenden Einfluß auf Europa und andere Teile der Welt ausübten, gab es Sit-ins, Teach-ins, Go-ins, mit denen die Bürgerrechtsbewegung gegen Rassendiskriminierung auftrat und für die immer noch nicht erreichte Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung kämpfte. Der bereits erwähnte Vietnam-Krieg brachte eine Welle der Kritik an den USA, die bis vor kurzem noch als Musterland der Demokratie gegolten hatten. Am 17. und 18. Februar 1968 fand in Berlin ein „internationaler Vietnam-Kongreß“ statt, an dem ca. 5.000 Linke teilnahmen.

Die Identifizierung mit dem vietnamesischen Staats- und Parteichef Ho Chi Minh leitete über zur positiven Einschätzung des kommunistischen China. Die „Maobibel“ mit Zitaten aus Mao Tse-tungs Schriften beeindruckte nennenswerte Teile einer Jugend- und Studentenbewegung, die den gewaltsamen Bruch mit den etablierten Verhältnissen bejahte. „Die Revolution kommt aus den Gewehrläufen“ – ein Ausspruch Mao Tse-tungs wurde als Vorbild zitiert. Auch die kubanische Befreiungsbewegung, die durch Ernesto Che Guevara in andere südamerikanische Länder jenseits von Kuba exportiert wurde, galt als Vorbild einer Veränderung durch die Tat. Das war das Anziehende an diesen revolutionären Bewegungen, es wurde nicht theoretisiert, sondern gehandelt. Infolgedessen entstanden auch in Deutschland gewalttätige, terroristische Gruppen, die dann allerdings erst in den siebziger Jahren ihre unheilvolle kriminelle Tätigkeit entfalten sollten. Wenn es in den ersten zwei Nachkriegsjahrzehnten einen kämpferischen Antikommunismus gegeben hatte, war unter den Linken die Einschätzung des Kommunismus jetzt völlig umgekehrt, er galt als positive Alternative zum ungerechten, erstarrten kapitalistischen System des Westens.

Die „Revolutionäre“ in Deutschland waren allerdings nicht bereit, die Strapazen und Opfer ihrer chinesischen oder südamerikanischen Vorbilder auf sich zu nehmen. Deshalb bestand für die Bundesrepublik Deutschland wie auch für Frankreich nie die Gefahr einer echten Revolution. Die später sogenannten „68er“ haben also keinen Erfolg mit dem Bemühen um eine sozialistische Revolution gehabt, aber sie hatten Wirkung. Die gesellschaftlichen Umgangsformen änderten sich, die Werte der Gesellschaft wurden offener, autoritäre Elemente in der Staatsverwaltung und in der Erziehung wurden abgebaut. Das Bildungswesen wurde reformiert, dabei zum Teil allerdings auch deformiert. Alsbald spalteten sich die „68er“ in Anhänger der totalitären Ideologie der maoistischen und der so-wjetischen Richtung des Kommunismus einerseits und in Anhänger eines liberalen, diffus anarchischen Linksextremismus (die „Autonomen“) auf der anderen Seite.

Abschließend ist die Frage zu beantworten, warum der Linksextremismus trotz der politisch-militärischen Bedrohung durch die Sowjetmacht und ihren Satrapen DDR in den sechziger Jahren eine solche Bedeutung gewinnen konnte. Die Antwort ist klar und eindeutig: durch den Antifaschismus. Er diente als (pseudo-)moralisches Instrument, die Ziele und Methoden der Linksextremen zu tarnen und die Unbedarften aus den sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Bereichen einzuwickeln. „Wir alle müssen doch gegen Faschismus und Krieg sein“ – und schon saßen sie mit den Kommunisten sowjetischer Prägung in einem Volksfrontboot.

Es gab die Zeit der antifaschistisch begründeten Volksfront während des Krieges 1941–1945, die noch bis 1946 andauerte. Die Entnazifizierung sollte von Sozialdemokraten und Kommunisten als „künstliche Revolution“ gegen das Bürgertum mißbraucht werden. Das Vorhaben scheiterte vor allem am Ost-West-Konflikt, der 1948 in voller Schärfe ausbrach und alle anderen Konflikte zurückdrängte. Erst zu Beginn der sechziger Jahre, als die Phase des Aufbaus durch eine Zeit der Stagnation abgelöst wurde, gewann der Linksextremismus erneut Einfluß. Wieder diente der Antifaschismus als unverdächtiges, weil moralisch getarntes Vehikel linksextremer Infiltration.

Anmerkungen

- 1 Hans Nawiasky hat in bezug auf die Artikel 1 und 20 in Verbindung mit Artikel 79 GG von einer „Staatsfundamentalnorm“ gesprochen. Hans Nawiasky, Die Grundgedanken des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1950, S. 122, ders., Allgemeine Staatslehre, 2. Teil, 1. Band, Einsiedeln 1952, S. 207, und ebd., 3. Teil, Einsiedeln 1956, S. 11 (u. öfter), und ders., Allgemeine Rechtslehre, Einsiedeln 1948, S. 31 ff.
- 2 Manfred Wilke, Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis, Melle 1985, S. 144; die Zitate sind dort nachgewiesen im „Wörterbuch der Geschichte“, Band I, S. 41 ff., und bei Max Oppenheimer (Hrsg.), Antifaschismus, Frankfurt 1978, S. 134 f.
- 3 Konrad Adenauer und die CDU der Britischen Besatzungszone, Bonn 1975, S. 134. Das Programm von Neheim-Hüsten galt für die CDU der britischen Zone, hier sind die Punkte B I 2–5 zitiert.
- 4 Konrad Adenauer und die CDU (Anm. 3), S. 419 ff. u. S. 433.
- 5 Hans Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, S. 193.
- 6 Wieck (Anm. 5), S. 222.
- 7 Otto Schröder, Der westdeutsche Neonazismus in NPD und CDU/CSU, in: Einheit, (1967) 2, S. 208–227, besonders S. 209 und 211.
- 8 Braunbuch: Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin (Ost) 1968. Graubuch: Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, Berlin (Ost) 1967.
- 9 Immanuel Geiss und Volker Ullrich (Hrsg.), 15 Millionen beleidigte Deutsche oder woher kommt die CDU?, Reinbek 1970, S. 6 f.
- 10 „Dann kommt alles ins Rollen“, in: DER SPIEGEL, 25. 2. 1980, S. 22 ff. und S. 3.
- 11 Es liegen zahlreiche Presseäußerungen vor, in denen diese Vorgänge dokumentiert werden. Hier zitiert nach „Hamburger Echo“ vom 17. 1. 1953.
- 12 Manfred Jenke, Verschwörung von rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945, Berlin 1961, S. 181.
- 13 Entwurf zum Aktionsprogramm der VVN-BdA, Mai 1983, S. 7 und 13 f.
- 14 Jörg D. Krämer: Das Verhältnis der politischen Parteien zur Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 153, S. 276 ff. u. S. 283 f.
- 15 Vorstand der SPD (Hg.): Das ist die Deutsche Partei. Bonn 1953, S. 15.
- 16 Protokoll des SPD-Bundesparteitages 1966 in Dortmund, S. 565 (Bruno Friedrich); Protokoll des SPD-Bundesparteitages 1969, Bad Godesberg, S. 35 (Helmut Schmidt), S. 192 (Manfred Schmidt); Protokoll des SPD-Bundesparteitages 1970 in Saarbrücken, S. 93 (Herbert Wehner); Protokoll des SPD-Bundesparteitages 1973 in Hannover, S. 164 (Herbert Wehner); Protokoll des SPD-Bundesparteitages 1975 in Mannheim, S. 44 f.
- 17 Die ausführliche Darstellung bei Manfred Wilke (Anm. 2) belegt dies mit zahlreichen Beispielen. Zum Linksextremismus in den Gewerkschaften siehe auch: Hans-Helmuth Knütter / Sebastian Prinz: Gewerkschaften und Linksextremisten. Politische Kampagnen und Politisierung der Betriebe. In: Arnd Klein-Zirbes und Stefan Winckler (Hg.): Zukunftsmodell soziale Marktwirtschaft. Stimme der Mehrheit, Unna 2002, S. 171–183.
- 18 Wolfgang Kraushaar: Die Protestchronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. Hamburg 1996, 4 Bände. – Dieses umfangreiche, bebilderte Werk gibt einen guten, freilich aus linker Sicht vorgelegten Überblick über die Unruhen der „ruhigen“ Jahre.